

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Kopiererei  
Riesner  
Riesner  
Riesner

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Bauamtsamts Meißner beiderseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt  
Rieser 1888  
Verleger  
Rieser Nr. 22

Nr. 178.

Dienstag, 2. August 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis pro Nummer 10 Pfennig. Ein Jahrgang 30 Mark. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, Riesner Nr. 22. Die Abnahme der Bestellungen erfolgt durch den Postboten. Die Redaktion ist an der Adresse: Riesner Nr. 22. Die Druckerei ist an der Adresse: Riesner Nr. 22. Die Anzeigen sind zu richten an den Verleger, Riesner Nr. 22. Die Anzeigen sind zu richten an den Verleger, Riesner Nr. 22.

## Gewitterwolken im Südosten.

Nun haben es die Gegner der jetzigen Regimentsregierung und der zur Zeit herrschenden Regierung Bratiansu geschafft, was sie von langer Hand her für den Tag des Lebens Königs Ferdinand vorbereiten hatten: Prinz Carol, der frühere Thronfolger, hat seinen Thronverzicht wenn auch nicht widerrufen, so doch eine Erklärung abgegeben, mit der sich in der Ägäis arbeiten läßt. Er hat unter vielen schönen und bezaubernden Worten für sein Volk und für sein Land das Recht in Anspruch genommen, persönlich in den Verhandlungen seiner Heimat zu intervenieren und zwar unter Hinweis auf den Ruf und Wunsch des Volkes, der etwa an ihn gelangen könnte. Sogar der Carol-Freunde und Bratiansu-Gegner wird es nun sein, diesen Wunsch des Volkes zur Erscheinung zu bringen.

Man kann nicht gerade behaupten, daß trotz des fast 100prozentigen Wahlergebnisses der gegenwärtigen Regierung, der auf einen beinahe ebenso 100prozentigen Wahlergebnis der gegenwärtigen Regierung Averese mit Hilfe des, wenigstens in dieser Beziehung und wohl auch nur in dieser Beziehung funktionierenden Volkes, und Verwaltungsapparates folgte, die Regierung Bratiansu auch nur einigermaßen gesichert ist.

Prinz Carol selbst hat in seiner Rundrede angekündigt, daß er nur deshalb vor 1 1/2 Jahren auf seine Rechte verzichtet habe, weil er durch Personen und Mittel dazu gezwungen worden sei, über die er sich im einzelnen nicht äußern wolle. Tatsächlich ist der Thronverzicht Carols nicht oder doch nicht in erster Linie aus den öffentlich bekanntgegebenen Gründen privater Natur erfolgt. Im rumänischen Volke, besonders im Deere und in der Bauernschaft, erfreut sich Carol immer noch einer sehr starken Beliebtheit. Wenn diese Kreise, getrieben auf die neue Rundrede, eine Bewegung zugunsten des Verbannenen, dem man nicht einmal die Teilnahme am Reichensbesitz des Vaters gestattet hat, in der Bevölkerung entstehen und wenn die dafür in Frage kommenden politischen Gruppen, geführt auf die Unzufriedenheit des Volkes, zum Angriff vorgehen, dann dürfte die Regierung Bratiansu auch nicht auf die Dauer die außerordentlich scharfen Sicherheitsmaßnahmen schaffen, durch die seit der Flucht ins Exil die Wiedereinnahme der Macht sichergestellt ist. Trotzdem sich die Wiedereinnahme der Macht offiziell für Carol eintritt, bisher vorbehaltlos mit der von Bratiansu angelegten Thronbestimmung einverstanden erklärt hatte, ist nun ein neuer schwerer Konflikt mit dem Führer dieser Partei, Maniu, entstanden. Maniu hat unter Hinweis auf die Vorgänge der letzten Wahlen Auflösung des Parlamentes, Ausschreibung von Neuwahlen und Einführung eines möglichst demokratischen Regimes gefordert. Jedermann in Rumänien weiß, daß die Demokratie dort, wie übrigens auch in den anderen Balkanstaaten, zum Beispiel in Südwesten, nur auf dem Papier vorhanden hat, und daß die Wahlen „gemacht“ hat, wer die Macht hatte. Wenn die Carolfreunde die Parole für eine wahrhafte Demokratie, gegen Polizeivillkür und Korruption ausgeben, dann dürfte Bratiansu mit seiner Freundesliste einen recht schweren Stand haben. Ob solche Versprechungen unter den heutigen Verhältnissen einzulösen sind, dürfte eine Frage zweiter Ordnung sein.

Es ist nicht uninteressant, wie sich die Pariser Presse zu dem neuen rumänischen Konflikt einstellt. Die Regierungskritiker und Rechtsgelehrten stehen durchwegs auf Seiten Bratiansus. Man ist im Quai d'Orsay recht froh darüber, daß der faschistenfreundliche Kurs Averese und die rumänisch-italienische Übereinkunft abgelehnt worden ist. So schreibt „L'Echo de Paris“: „Wir müssen wünschen, daß Bratiansu fest und daß er und seine Ratgeber bis 1940, dem Jahre der Volljährigkeit des Königs Michael die Stabilität des Staates gewährleisten. Das ist besonders für einen Staat wie Rumänien ein ziemlich langgedehnter und stummer Wunsch.“

Gerade unter dem Gesichtspunkt der jüngsten Ereignisse, deren Entwicklung natürlich ohne Schwierigkeit vorausgesagt werden kann, ist die Haltung Englands gegenüber Ungarn und dem Trianon-Vertrag von besonderer Bedeutung. Ob doch Lord Rothemann für sich mit erstaunlichem Freimuth erklärt, daß Ungarn durch den Trianon-Vertrag zu Unrecht verurteilt worden sei. Die Forderung eines Parlamentarismus in London zur Prüfung dieser Frage läßt ebenfalls erkennen, daß dieser Vorstoß auf betterem Sommerhimmel nicht ganz ohne Nutzen und Billigung der Regierung erfolgt ist. Gegen Rumänien würde sich eine Revision des Trianon-Vertrages in allererster Linie richten. Ein innerlich zerrissenes Rumänien würde einem von England getriebenen Vorhaben nicht allzuviel Widerstand entgegenzusetzen können. Sollte England in Rumänien einen nicht gerade handfesten Bundesgenossen gegen Sowjet-Rußland sehen? Sollten die Ereignisse in Wien, besonders jetzt nach der Errichtung einer sozialistischen Revolutionsgarde aus Gemeindefunktionären, Englands nicht wieder Besorgnis um eine Volkswirtschaft Europas geweckt und zu einer Einseitigkeit des ungarischen Lebens ins politische Feuer veranlaßt haben? Wieder einmal gewissermaßen: bedenkenlich zur schwülen Sommerzeit im Südosten Europas.

## Eine neue Partei in Rumänien.

Die sich immer mehr häufenden kritischen Urtheile, wie vor allem der Zusammenschluß der nationalen Bauernpartei mit der Volkspartei Averese, haben Bratiansu belehrt, daß der Kampf um die Herrschaft in Rumänien voranschreiten sehr bald in ein entscheidendes Stadium treten wird. Um sich für diesen Kampf eine noch härtere Unterstützung zu sichern, als sie ihm die liberale Partei leisten kann, soll, wie wir hören, unter Führung des Finanzministers eine neue Partei gegründet werden. Diese Partei will versuchen, hauptsächlich auf dem ländlichen Lande Fuß zu fassen und der nationalen Bauernpartei entgegenzutreten.

## Rücktritt Amerikas von der Genfer Konferenz.

Donnerstag Vollziehung der Marinekonferenz.

Paris (Frankfurt). Wie der Genfer Korrespondent der Chicago Tribune meldet, soll der Vorschlag der amerikanischen Delegation der Dreimächtekonferenz in Washington geteilt werden, sich von dieser Konferenz zurückzuziehen.

Am 1. August (Südwelt. Dep.-K.) Die Vollziehung der Marinekonferenz ist nun endgültig auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr abgesetzt worden. Zunächst sollte die Sitzung am Mittwoch anberaumt werden, aber da Admiral Jellicoe sich nach London begeben hat, um an der Beerdigung seines Bruders teilzunehmen, mußte die Sitzung auf Donnerstag verschoben werden. In der Lage scheint sich nichts geändert zu haben. Die aus Washington erhaltenen Instruktionen bestätigen aber, wie es scheint, verhärteten sogar den Standpunkt der amerikanischen Delegation. Die britische Delegation vertritt ihrerseits auf der von ihr eingebrachten Erklärung, die Besuche der japanischen Delegation, zu einem Kompromiß zu gelangen, haben zu keinem Ergebnis geführt. Von japanischer Seite sind übrigens keine neuen Vorschläge eingebracht worden. Die am Sonntag abgehaltenen Besprechungen zwischen den Leitern der Delegation, aber die schon einige Einzelheiten bekannt werden, haben in keinem Punkte zu irgend einem Abkommen geführt. Bereits letzten Donnerstag hatte sich die britische Delegation gegen die von den amerikanischen Vertretern am Sonntag veröffentlichte Sicherungsklausel ausgesprochen. Zwischen der britischen und der amerikanischen Delegation besteht noch immer eine Differenz betreffend die Kreuzer zweiter Ordnung, ob 700 oder 800 Tonnem, und deren Bewaffnung, „ob oder ohne“ Kanonen. Wenn nicht im letzten Augenblick etwas innerweiliges eintritt, so hat man unter diesen Umständen den bestimmten Eindruck, daß die Vollziehung am Donnerstag die letzte sein wird, und daß man in diesem Augenblick die Erklärungen über die Gründe vorbereitet, aus denen sich die drei Nationen, die an der Konferenz teilnehmen, in aller Freundschaft trennen werden, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein, aber mit dem Vorbehalt, auf die Frage der Marinerüstung zurückzukommen.

## Lond George

Über die Genfer Seeabdrückungskonferenz.

London (Telunion). Auf der liberalen Sommerhochschule Cambridge hielt Lord George eine längere Rede, in der er sich mit der Entwicklung der liberalen Partei und verfehlten Tagesproblemen befaßte. Für die liberale Partei laute heute die Frage, ob sie sofort ein definitives Programm

aussprechen soll oder auf die unermeldliche Reaktion einer unumglichen Regierung warten solle. Man könnte vielleicht aus der allgemeinen Unzufriedenheit Kapital schlagen und aus jeder kommen, ohne sich auf ein bestimmtes Programm festzulegen, dies sei weder klug noch ehrenwert. Die Liberalen hätten nicht die geringsten Aussichten, die nächste Wahl zu gewinnen, wenn sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugen könnten, daß die Partei eine ehrliche und feste Politik verfolge.

Lord George wandte sich dann den politischen Tagesfragen zu. Er beschäftigte sich zunächst mit der Genfer Seeabdrückungskonferenz, wobei er erklärte, daß die größte Gefahr für die Welt bestehen würde, wenn der Beschluß der Genfer Konferenz zu einem Schiffsbauwettbewerb zwischen den beiden größten Nationen der Welt führen würde. Im Augenblick läßt sich noch kaum übersehen, was geschehen würde, wenn es nicht gelang, sich mit den Vereinigten Staaten über ein Schiffsbauprogramm zu einigen. Er hoffe jedoch aufrichtig, daß es nicht zu einer Rivalität kommen würde, die zu einer Entzweiung der beiden größten Nationen führen würde. Von Amerika und England könne der Frieden der Welt abhängen. Die Rivalität gegenüber verfolge Politik halte er für vollkommen verfehlt. Man habe sich das ganze Problem niemals richtig überlegt.

## Der Gedanke eines Flottenaufwertages.

London. Die „Times“ meldet aus Washington: In verantwortlichen Kreisen wird der Gedanke erörtert, einige der unerwünschten Folgen des Genfer Abkommens durch eine Art Flottenaufwertung zu beseitigen. Nach allgemeiner Auffassung in Washington ist der Gedanke der Flottenaufwertung, wie er nicht als geeignet, in einem Vertrag niedergelegt zu werden. Ferner könnte der Ausbau „Flottenaufwertungs“ nicht auf die Vereinigten Staaten angewendet werden, die auf jeden Fall zu einem Bauprogramm verpflichtet seien. Es würde daher nichts anderes möglich sein, als daß die britische Regierung mitteilen würde, sie werde über eine bestimmte Periode hinaus ihre Seemacht nicht verstärken, gegen eine entsprechende amerikanische Erklärung, daß Amerika nicht über eine bestimmte Flottenstärke hinaus bauen werde. Dies würde aber keine rechtlich bindende Abmachung sein. Der Korrespondent sagt noch, wenn die britische Regierung eine solche Erklärung abgibt, dann würde die Wirkung auf die amerikanische öffentliche Meinung günstig sein, und dies würde bestimmt einen mächtigen Einfluß auf den Kongreß ausüben.

## Internationale Seerechtskonferenz.

Amsterdamer Handelskammer die regelmäßig alle zwei Jahre stattfindende Sitzung der Internationalen Seerechtskonferenz vom Präsidenten des Comité maritime international, dem belgischen Staatsminister und Gouverneur der Bank von Belgien Louis Franck mit einer feierlichen Ansprache eröffnet. Auf der Konferenz sind folgende Länder vertreten: Deutschland, Belgien, Dänemark, Vereinigte Staaten von Amerika, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Holland, Italien, Norwegen, Schweden und Japan. Besonders zahlreich sind die englischen, französischen und die deutschen Konferenzteilnehmer erschienen. Als Vertreter Deutschlands nahmen der Sekretär des Deutschen Seerechtsvereins Dr. Sieveking-Hamburg, der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Wilhelm Stimming, Direktor der Hamburg-Amerika Linie, Hermann Giesecke, Direktor Bassermann von der Deutschen Bank in Hamburg, ferner Dr. Dröge, Syndikus des Vereins Hamburger Reederei, Dr. Duder, Syndikus der Hamburger Handelskammer, Dr. Krelauer, Syndikus der Hamburg-Amerika Linie, Dr. Kraenzlin, Syndikus des Bremer Reedereivereins, Professor Michelau, Syndikus des Norddeutschen Lloyd, Dr. Rehnitz, Syndikus des Verbandes Deutscher Reederei, der Syndikus der Bremer Handelskammer, Königsmeyer, Rechtsanwalt Dr. Schulz-Schmidt-Bremen an der Konferenz teil. Nachdem der Vorsitzende in einer in holländischer Sprache gehaltenen Rede, in der er auf die großen Verdienste der holländischen Nation um die Entwicklung der Seeschifffahrt hinwies, den Dank der Konferenzteilnehmer für den herzlichen Empfang zum Ausdruck gebracht hatte, übertrug er unter lebhafter Zustimmung aller dem Präsidenten der holländischen Vereinigung für Seerecht, dem früheren Präsidenten des Internationalen Seerechtsvereins im Haag, Dr. D. C. Röber, den Vorsitz für die erste Konferenz. Neben den holländischen Delegierten der internationalen Konferenz, Dekan Scott-England und Albert de Jeune-Belgien wurde ein Vizepräsident von allen auf der Konferenz vertretenen Ländern gewählt, darunter Dr. Sieveking für Deutschland. Zum Generalsekretär der Konferenz wurde der Vorsitzende des gemischten deutsch-französischen Schiedsgerichts und Sekretär der holländischen Seerechtsvereinigung C. D. Asser ernannt. Hieraus ergab sich ein Vertreter der verschiedenen Länderordnungen das Wort, worauf Dr. Sieveking das Debattieren der deutschen Teilnehmer zum Ausdruck brachte, daß der Vorsitzende der holländischen Seerechtsvereins, Oberlandesgerichtsrat Dr.

Mittelheim-Hamburg wegen Erkrankung am persönlichen Erscheinen verhindert sei.

Die Sitzungen in der Konferenz, die fast ausschließlich in französischer und englischer Sprache stattfanden und deren Zweck die Herbeiführung einer weiteren Vereinfachung der Seerechtsnormen, insbesondere mit Bezug auf die obligatorische Versicherung der Schiffsfreisenden und Schiffsfraachten ist, werden vier Tage in Anbruch nehmen.

## Sagung der Wiener-Internationale in Paris.

Paris (Telunion). Nach weitläufigen Verhandlungen fand die Konferenz des Büros der Wiener-Internationale in Paris ihren Abschluß. Die Delegierten zeigten mit Genugtuung, daß die Wiener-Internationale in Deutschland aufrecht erhalten wurden. Das Büro gab der Erwartung Ausdruck, daß alle Regierungen und Länder die berechtigten Forderungen der Wiener-Vereinigung berücksichtigen. Die einzelnen Landesorganisationen werden zur Verwirklichung aufgefordert, um der Bewegung mehr Schlagkraft zu verleihen.

## Reichsbanner und Lauenberg-Denkmal.

Berlin. In politischen Kreisen hat ein Beschluß des Reichsbanners, den sein Gau Ostpreußen gefaßt hat, sich nicht an der Einweihung des Lauenberg-Denkmal zu beteiligen, lebhaftes Erstaunen hervorgerufen. Es wird damit gerechnet, daß auch diese Angelegenheit auf der Bundestagung am 9. August sehr ausführlich zur Sprache kommen wird, da man allgemein annimmt, daß sowohl Zentrum wie auch Demokraten mit dieser Haltung nicht einverstanden sein werden. Wie wir hören, ist der Beschluß darauf zurückzuführen, daß dem Denkmalkomitee u. a. General Kahn angehöret, der angeblich vor kurzem monarchistische Äußerungen getan haben soll.

## Ein Schlageter-Denkmal bei Oberfeld.

Oberfeld. Auf den südlichen Höhen unserer Stadt wurde ein Schlageter-Denkmal enthüllt. Ein großer Steinblock mit einer Bronzeplatte, die die letzten Worte Schlageters enthält: „Es lebe Deutschland!“ und die außerdem mit dem der Sonne entgegenliegenden Adler als Symbol der Hoffnung des Wiederaufstieges schmückt ist. Superintendent Remberg aus Düsseldorf hielt die Rede, die mit einem Kommando für das Vaterland schloß.